

985. Bundesratssitzung am 14. Februar 2020: Rede von Lorenz Caffier, Minister für Inneres und Europa zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes zum Zweck der Erleichterung der Identifizierbarkeit im Internet für eine effektivere Bekämpfung und Verfolgung von Hasskriminalität – Antrag der Länder Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache (70/20)

Lorenz Caffier (Mecklenburg-Vorpommern): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über das Miteinander in unserer Gesellschaft reden, dann ist gerade in den letzten Monaten immer wieder betont worden: Wir müssen denen entgegentreten, die Hass und Häme verbreiten. Ob beim Kampf gegen Rechtsextremismus, ob bei Themen wie Cybermobbing oder bei der Frage, welchen Anfeindungen Ehrenamtler, zum Beispiel auch Kommunalpolitiker, ausgesetzt sind: Immer wieder diskutieren wir darüber, wie wir Menschen besser schützen können und Straftäter besser ermitteln beziehungsweise verfolgen können.

Das Internet und die sozialen Netzwerke sind aus unser aller Leben nicht mehr wegzudenken. Wenn sich das gesamte Leben in sozialen Netzen abspielt und wiederfindet, dann heißt das eben auch, dass wir all das, wozu der Mensch fähig ist, auch dort finden. Das alles wissen wir, das alles beklagen wir immer wieder.

An dieser Stelle ist es deshalb höchste Zeit, einen Schritt zu gehen, mit dem wir zumindest bei der Verfolgung von Straftaten weiterkommen. „Das Netz ist kein rechtsfreier Raum“ – wahrscheinlich gibt es keinen anderen Satz, den zumindest Innenpolitiker oder Juristen in den letzten Monaten und Jahren so häufig wiederholt haben, soweit es um die Frage des Internets ging.

Aber was erleben wir konkret? Wir sehen, dass Anonymität dazu führt, dass sich auch Straftäter relativ sicher sein können, dass Verfolgungsbehörden den großen Aufwand scheuen. Die Wahrnehmung von Tätern ist also: Im Internet kann ich Dinge tun, für die ich außerhalb des Netzes schneller zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die Wahrnehmung von Opfern ist übrigens spiegelbildlich die gleiche. Und die Ermittlungsbehörden merken: In der digitalen Welt fehlen uns Instrumente, um zum Beispiel gegen Hass und Hetze vorzugehen.

Ja, das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Aber wenn alle Beteiligten sehen, dass dort Straftaten leichter zu begehen und schwerer zu verfolgen sind als in der analogen Welt, dann stimmt etwas nicht. Viele von uns hier im Saal sind in sozialen Netzen selbst schon Opfer von Hass und Hetze geworden. Deshalb ist das ein Thema, das uns nicht nur als verantwortliche Politiker zum Schutz der Menschen bewegt, sondern auch den persönlichen Erfahrungsbereich berührt. Wir wissen aus persönlicher Erfahrung vielleicht auch, was all das für Familien, Angehörige oder Freunde bedeutet.

Aber ganz unabhängig davon, inwieweit die Politik und wir Politiker betroffen sind: Ich möchte eine Gesellschaft, in der wir Hass, Hetze und Gewalt immer entschieden entgegentreten. Wenn das bisher im Internet nicht in dem Maß geschieht, wie es unser aller Erwartungshaltung ist, dann müssen wir Gesetze ändern.

Mit der vorliegenden Initiative aus Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern schlagen wir diesen Weg ein. Und ich sage gleich zu Beginn: Es ist ein Weg, mit dem wir die Klarnamenpflicht, die ja einige fordern, umgehen und trotzdem den heutigen unbefriedigenden Zustand verbessern.

Um sich bei einer Plattform wie Twitter anzumelden, wählen Sie heute einen beliebigen Namen und nutzen eine beliebige E-Mail-Adresse. Das war's. Dieses Prozedere können Sie beliebig übertragen auf andere Plattformen, auch, wie Kollege Pistorius ausführte, auf Spieleplattformen. Wenn wir sehen, welches Maß an Hass und Hetze auf diesen Plattformen möglich ist, dann reichen

diese Daten eben nicht aus, weil sie im Fall von Straftaten eine Verfolgung praktisch unmöglich machen.

In der vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft ausgewerteten Studie „Hass im Netz“ aus dem letzten Jahr gab die Hälfte der über 7.000 Befragten an, sich als Reaktion auf Hassreden seltener zu ihrer Meinung zu bekennen und sich seltener an Debatten auch im Netz zu beteiligen. Diese Art der Einschüchterung sollte uns aufrütteln. Und sie sollte uns handeln lassen.

Mir ist auch bewusst, dass damit der Tonfall in sozialen Medien nicht von heute auf morgen ein anderer wird. Aber wir erleichtern unseren Behörden die Arbeit bei der Verfolgung. Und so, wie die Einschüchterung und der Rückzug aus solchen Foren einschleichender Prozess ist, so ist auch der umgekehrte Weg – zurück – lang. Aber wir müssen ihn beginnen, auch und gerade weil wir wissen, dass Worten irgendwann Taten folgen. Es ist ja kein Zufall, dass wir bei Angriffen, auch bei Ereignissen wie dem schrecklichen Anschlag in Halle oder dem Mord an Regierungspräsident Lübcke in Hessen immer wieder über Radikalisierung im Netz und über Hass im Netz reden. Natürlich gibt es keinen zwingenden Schritt von Hasssprache auf Facebook zu einem solchen Mord. Aber zur Konsequenz des Rechtsstaates gehört es unbedingt, dass wir dort ein Stoppschild setzen, wo das friedliche Miteinander ins Rutschen zu kommen droht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle waren uns – zumindest unmittelbar nach dem Anschlag von Halle – im Rahmen einer Sondersitzung der Innenminister einig, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus zu intensivieren ist. Einer der Beschlüsse lautete:

Die Innenminister und -senatoren der Länder und der Bundesinnenminister sehen dabei auch in den Maßnahmen im Bund und in den Ländern zur Feststellung von Hass und Hetze im Internet einen wichtigen Ansatz, den es zu stärken und auszubauen gilt, um die Verantwortlichen aus der Anonymität des Netzes herauszuholen.

Genau das tun wir mit der vorliegenden Initiative. Denn es darf in einer so grundlegenden Frage des Miteinanders nicht einfach bei einem Appell bleiben, der dann Applaus bekommt, wenn ein solcher feiger Doppelmord geschieht. Wir haben mit dem Vorschlag, den Minister Pistorius federführend erarbeitet hat, die Möglichkeit, genau das Vereinbarte konkret umzusetzen.

Wir bitten Sie um Unterstützung in den entsprechenden Fachausschüssen und würden uns sehr freuen, wenn wir hier einen Schritt in dieser Frage vorankommen würden. – Herzlichen Dank.